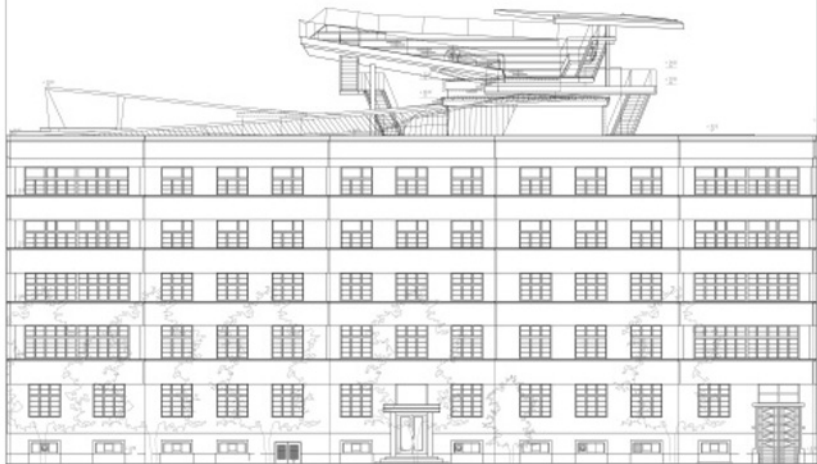


Peter Sellars | Gerald Bast | Christian Reder | Willi Resetarits | Hrsg.

# Kosmopolitische Impulse

## Das Integrationshaus in Wien



SpringerWienNewYork *edition: angewandte*

## »Es ginge um Selbstverständliches«

Terezija Stoitsits im Gespräch mit  
Christian Reder



**CHRISTIAN REDER** Primär möchte ich das Thema Asyl und Integration vor dem Hintergrund weltweiter Migration besprechen, denn es ist symptomatisch für Weltoffenheit, für Liberalität, für Selbstwertgefühle, für demokratische Standards. In Ihrer Funktion als Volksanwältin der Republik sind Sie auf Bundesebene unter anderem zuständig für Inneres (Polizei, Fremden- und Asylrecht). In welcher Weise haben Sie da auch mit Fremdenfeindlichkeit und Asylsuchenden zu tun? Welche Erfahrungen machen Sie dabei?

**TEREZIJA STOITSITS** Nach der österreichischen Verfassung bin ich für vermutete Missstände in der Verwaltung zuständig. An die Volksanwaltschaft wenden sich, idealtypisch gesehen, vor allem Menschen, die mit bestimmten Behörden Probleme haben, diese also bereits zuordnen können. Das ist aber keineswegs die Regel, weil viele Menschen generell mit staatlichen Autoritäten Schwierigkeiten haben und Politik, Verwaltung und Justiz nicht

als etwas Getrenntes erfahren. In keinem der Bereiche, in denen ich Prüfkompetenzen habe, erlebe ich Verunsicherung so intensiv wie im Fremden- und Asylrecht in weiterem Sinn, wenn also etwas spezifisch Ausländerinnen und Ausländer betrifft. Das reicht von der Grundversorgung, der Jugendfürsorge, den Arbeitsbewilligungen, der Schule und dem Mietrecht bis zur Einbürgerung oder Abschiebung, und zwar deswegen, weil es ihnen verständlicherweise viel schwerer fällt, Gesetzeslagen zu kennen, Rechtsansprüche wahrzunehmen und Behördenverhalten zu verstehen. In solchen Fällen ist die Volksanwaltschaft vielfach eine Beratungsinstanz, weil das andernorts fehlt. Wir werden gefragt, wann ein Asylverfahren endlich abgeschlossen sei, wo Informationen zu erhalten sind, was überhaupt getan werden kann.

**CHRISTIAN REDER** Heißt das, dass Sie an hoch angesiedelter Stelle einen Defizitenausgleich bei Sachverhalten versuchen, die anderswo bearbeitet werden müssten?

**TEREZIJA STOITSITS** Die Volksanwaltschaft wurde in Österreich vor 30 Jahren eingerichtet; Schweden feiert heuer bereits 200 Jahre Ombudsmann. Wir versuchen eine ausgleichende Vermittlungsinstanz zwischen Politik, Behörden und Menschen mit Problemen zu sein. Asylsuchende und Zuwanderer sind dabei eine ganz spezielle Gruppe, weil alle anderen nicht ihre Probleme haben und sie punkto Rechtsschutz, Informationen oder Beratung krass benachteiligt sind. Wegen ihrer meist prekären finanziellen Lage können sie nicht einfach einen Rechtsanwalt aufsuchen. Nur von privaten Hilfsorganisationen, den NGOs, ist Unterstützung zu erwarten, eben karitativ. Deswegen geht es bei uns vorrangig darum, Fragen zu beantworten, also um Hilfestellungen, nicht so sehr um echte Fehler von Behörden.

Terezija Stoitsits ist Volksanwältin der Republik Österreich und Vizepräsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte

**CHRISTIAN REDER** Diese Unsicherheiten kommen doch daher, weil sich Österreich immer noch nicht als Einwanderungsland mit plausiblen Regeln dafür definiert. Nur für Kapital will es ein attraktiver Standort sein. Migrantinnen und Migranten bilden vielfach die neue Unterschicht einer sich dadurch wieder festigenden Klassengesellschaft. Zehntausende etablierte Ausländer im Dienst der UNO, der Diplomatie, von Konzernen werden – wie Touristen – längst nicht als dermaßen problematische Fremde wahrgenommen wie arme Zuwanderer. Nationalitäten aus aller Welt sind in Wien und anderen Städten vertreten. Trotzdem kann von Weltoffenheit keine Rede sein, wie im Bericht von ZARA, der verdienstvollen NGO für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit, für das Jahr 2008 nachzulesen ist. Dort heißt es zur aktuellen Situation bitter: „Die Stimmung ist nicht gut. Sie ist nicht gut auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Internet, in den Medien und an Hauswänden. Überall entladen sich dumpfe Bosheiten, die insbesondere Menschen, die nicht in diesem Land geboren sind, massiv beeinträchtigen. Sie werden verbal und körperlich attackiert, verleumdet, gedemütigt und ausgeschlossen. Überall wird ihnen signalisiert: ‚Ihr seid nicht willkommen.‘“ Zahllose Einzelfälle wurden dokumentiert, auch dass es kaum couragierte Stellungnahmen dagegen gibt. „Das gesellschaftliche Klima gegenüber Migranten und Migrantinnen oder schlichtweg als ‚anders‘ wahrgenommenen Menschen hat sich unter der neuen Großen Koalition weiter verschärft“, heißt es resümierend.

**TEREZIJA STOISITS** Auch in meiner Arbeit erlebe ich ständig, dass Asylsuchende und Zuwanderer so ausgesetzt sind wie keine andere Gruppe. Ihre Probleme sind viel existenzieller. Ein Grund dafür ist, dass es nicht um Asyl als dezidiertes Recht geht ...

**CHRISTIAN REDER** ... „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“, heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 14.1).

**TEREZIJA STOISITS** Das müsste als verbrieftes Recht gesehen werden, nicht als disponible, an Opportunität anpassbare *Asylpolitik*. Bei der Zuwanderung wiederum bräuchten wir sehr wohl eine *Migrationspolitik*, weil sie nach überlegter Gestaltung verlangt. In strukturierter Form hat es sie in diesem Land jedoch nie gegeben. Fast alles passiert aus momentanen Affekten heraus. Über Jahrzehnte hinweg wurde in Bezug auf Fremde nur in Kategorien von ‚Fremdenverkehr‘, wie der Tourismus lange hieß, und vorübergehend bleibenden ‚Gastarbeitern‘ gedacht. Völlig verdrängt wird, dass weite Sektoren, vom Pflegebereich bis zur Bauwirtschaft, so abhängig wie nie von Zuwanderung sind. Trotz der dabei erbrachten gesellschaftlich wichtigen Leistungen ist aber fast alles, was mit Fremden zu tun hat, weithin mit negativen Assoziationen belastet. Was ist schon Positives zu hören? Zu hören war auch von der Politik nie, was eigentlich gewollt ist. Insgesamt haben es Menschen, die Schutz vor Verfolgung suchen, ungleich schwerer als früher ...

**CHRISTIAN REDER** ... als noch die Flucht aus realsozialistischen Ländern akklamiert wurde, wie aus Ungarn oder der ČSSR. Die Zäsur von 1989/91 mit der Auflösung der Sowjetunion war dafür der signifikante Wendepunkt.

**TEREZIJA STOISITS** Auch nachfolgende Krisensituationen auf dem Balkan boten noch konkretere Anlässe. Österreich war lange durchaus großzügig, hat auch viel zur Aufnahmebereitschaft geleistet. Ziemlich schnell hieß es aber, es kämen nur mehr Schmarotzer, die an unserem Wohlstand teilhaben wollen. Mit dem fernen Tschetschenien, dem Irak wollen wir ohnedies nichts zu tun haben. Wegen dieses Stimmungsumschwungs ist es nur noch unter sehr restriktiven Bedingungen möglich, in Österreich einzuwandern. Man muss zur Familie bereits ansässiger Ausländer oder zur Gruppe zugelassener Schlüsselkräfte gehören, unter die EU-Freizügigkeit fallender EU-Bürger sein, ohne dass alle von ihnen arbeiten dürfen, oder eben um Asyl ansuchen. Wie realitätsfern vorgegangen wird, macht die ständige Forderung der der-

zeitigen Innenministerin Maria Fekter deutlich, dass alle nach Österreich Zuwandernden schon vorher Deutsch lernen müssen.

**CHRISTIAN REDER** Geht es um Sport oder halbwegs populäre Kunst, wird die Verleihung bevorzugter Staatsbürgerschaften sogar zur Angelegenheit der Bundesregierung; Deutschprüfungen brauchen offenbar nur weniger Prominente.

**TEREZIJA STOISITS** Dass Anna Netrebko nun auch österreichische Staatsbürgerin ist, halte ich für völlig legitim, demonstriert das doch Stolz auf ‚importierte‘, im Land weiter gesteigerte Leistungen. Nahe liegend wäre, das auf breitere Wertschätzungen auszuweiten. Das Gegenteil ist der Fall, wird doch in Normalfällen die Einbürgerung fast unmöglich gemacht. Etwa Sozialfürsorge in Anspruch zu nehmen, hemmt ein Verfahren für Jahre. Diese Bestimmungen wurden 2006 quasi über Nacht eingeführt, wieder einmal als Ad-hoc-Reaktion. Markant ist, dass sich positiv zu sehende Regelungen fast durchwegs ‚von oben‘, von EU-Verpflichtungen herleiten, etwa die verbindliche Grundversorgung für Asylwerber. Österreichs Gesetzgeber wurde dazu verpflichtet. Von selbst hat er nichts unternommen. Es sollte viel bewusster sein, wie viel Positives hierzulande als Konsequenz internationaler Vereinbarungen wirksam wird und durchgesetzt werden müsste, ob bezogen auf Menschenrechte, Verfolgung von Kriegsverbrechen, ökologische Standards oder eine europaweite Lastenverteilung.

**CHRISTIAN REDER** Klar ist doch, dass der jeweilige zivilisatorische Stand sich vor allem im Umgang mit Benachteiligten, mit Alten und Kranken, mit Minoritäten, mit Gefangenen, mit sonst wie Ausgegrenzten erweist. Oft genug ist zu erfahren, wie an Grenzen, etwa am Wiener Flughafen, einreisende Menschen mit ‚fremdartigem Äußeren‘ brüsk ausgesondert und speziell überprüft werden. Wie die Abschiebep Praxis gehandhabt wird, deutet sich bereits an. Interventionen von Augenzeugen werden starr zurückgewiesen. Eine kritische Sicht darauf wird medial kaum vermittelt, also reagiert auch die Politik

nur verhalten. Bestenfalls kümmern sich Minoritäten um Minoritäten.

**TEREZIJA STOISITS** Dass solche Schattenseiten nicht Tagesgespräch sind, hat viel damit zu tun, dass es dazu einen aufgeklärten, offensiv-investigativen Journalismus bräuchte. Auf welchen Gebieten wird aber gründlich recherchiert? Tatsächlich unabhängige Stimmen haben in Österreich viel zu wenig Gewicht. Von ihnen müsste, als Parallelkraft zu positiven internationalen Bestrebungen, mehr Druck von unten kommen – eben in Form einer präsenten Zivilgesellschaft.

**CHRISTIAN REDER** Das Integrationshaus in Wien, um dessen Beispiel es in diesem Buch geht, ist eine solche Initiative. Es ist etwas Notwendiges angegangen worden. In weiterer Folge gelang es, staatliche Stellen und private Unterstützer einzubinden. So entstehen wenigstens Projektinseln, die einen Beitrag leisten und auf Defizite aufmerksam machen. Eine weitergehende ‚Privatisierung‘ würde öffentliche Strukturen unterminieren.

**TEREZIJA STOISITS** Es bleibt ein Problem, dass in Österreich viel zu wenig wirklich unabhängig geschehen kann. Auch hier haben wir diese Diskrepanz zwischen Internationalem und Regionalem. Mit ihrer weltweit vernetzten Basis können große NGOs wie Amnesty International viel unabhängiger Druck ausüben. Lokale NGOs brauchen fast durchwegs staatliche Mittel, weil das Spendenaufkommen zu unsicher ist. Das bestärkt Tendenzen zu Wohlverhalten. Wo gibt es schon gedanklich und finanziell großzügige Projektfinanzierungen? Eine solche Kultur müsste sich erst herausbilden. Spricht etwa der Wiener Caritas-Direktor Michael Landau öffentlich zu viel von Fremden, von Asylsuchenden, geht das Spendenaufkommen für die Caritas zurück, das hat er mehrfach betont. Dem könnten nur couragierte Einzelpersonen gegensteuern.

**CHRISTIAN REDER** Symptomatisch für den Umgang mit Fremden ist die Zuständigkeit des Innenministeriums, der polizeiliche Zugang, das Misstrauen, die Kontrolle, der vorausseilende Verdacht, die potenzielle Kriminalisierung.

Das wirkt, wie ständig zu merken ist, auf medial verbreitete Stimmungen zurück.

**TEREZIJA STOISITS** Überspitzt gesagt, sind Fremden- und Asylangelegenheiten in Österreich in den Händen des jeweiligen ‚Polizeiministers‘, was keineswegs internationale Norm ist. Vorrangiger Aspekt ist die Sicherheit. Dagegen habe ich als Nationalratsabgeordnete der Grünen im Parlament immer wieder angekämpft. Es ist doch offenkundig, dass sich solche Vorgaben auf die Verfahrensweisen und die öffentliche Meinung auswirken. Auch was aktivierbare Energien und die mediale Vermittlung betrifft, sind Wellen erkennbar. Zum Bleiberecht gab es wegen des Untertauchens von Arigona Zogaj breite Resonanz, wie vor zehn Jahren zur Abschiebep Praxis anlässlich des im Flugzeug unter ‚Polizeiaufsicht‘ erstickten Marcus Omofuma. Generell gesehen, haben sich die Wahrnehmungsschwellen eindeutig entsensibilisiert. Auf die zahllosen alltäglichen Vorfälle zu reagieren, würde eben selbstverständlichere Interventionen erfordern.

**CHRISTIAN REDER** Solange Polizeiübergriffe, prügelnde Polizisten und rassistische Ausfälle mit auffällender Milde beurteilt werden, erscheint das als politisch erwünscht. Dass sich der Dienstleistungssektor Polizei damit selbst beschädigt und seine korrekten Kräfte diskreditiert, wird offensichtlich hingenommen, egal welche Partei im Innenministerium gerade das Sagen hat.

**TEREZIJA STOISITS** Auf sich aufschaukelnde Grundstimmungen bezogen, ist das auch deswegen deprimierend, weil sich weder die Erfahrungen mit Nationalitätenkonflikten noch die Reisemöglichkeiten der vergangenen Jahrzehnte in mehr Weltoffenheit niederschlagen. Die Relationen verschieben sich. Galten vor zehn, fünfzehn Jahren marginalisierte Gruppen als Modernisierungsverlierer, die mit der Geschwindigkeit der Entwicklung nicht mitkamen, so betrifft das, so mein Gefühl, heute gut die Hälfte der Gesellschaft, mit mentaler Abschließung als Konsequenz. Bewusst wird nicht, dass es praktisch kein abgegrenztes Inland mehr gibt. Menschen, die keine Strukturen für eine geregelte Zuwanderung vorfinden

oder tatsächlich auf der Flucht sind, tauchen eben in die illegale Migration ab. Ist Asyl die einzige Chance für eine Aufenthaltserlaubnis, werden es viele so versuchen. Das wird dann, wiederum negativ, Asylmissbrauch genannt. ‚Asylant‘ wurde, wie der ‚Gutmensch‘, zum zynischen Abstempelungsbegriff.

**CHRISTIAN REDER** Asyl galt, historisch betrachtet, sogar als heiliges Recht. Lange Phasen, in denen politisch verfolgte problemlos in Großbritannien, Frankreich, Belgien, der Schweiz, aber auch im Osmanischen Reich Aufnahme fanden, machen ‚traditionelle‘ Liberalitätsgefälle deutlich. Mit 12.000 bis 13.000 Asylwerbern pro Jahr, einem Drittel des Höchststandes von 2002, liegt Österreich derzeit hinter Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Schweden, Griechenland, Belgien und den Niederlanden. Sich bezüglich Menschenrechten und Offenheit etwa wie das kaum bevölkerungsreichere Schweden zu verhalten, scheint nicht konsensfähig zu sein – auch ein geordnetes Asylrecht und faire Verfahren für Zuwanderer sind es nicht, trotz aller demographischen Notwendigkeit.

**TEREZIJA STOISITS** Obwohl es nun viel restriktiver zugeht, gelingt es weiterhin nicht, die Verfahren in einer rechtsstaatlich kompatiblen Dauer abzuwickeln. Dabei gäbe es durchaus Modelle dafür, das kanadische System zum Beispiel, mit dem ich mich als Abgeordnete ausführlich beschäftigt habe. Anhand einer durchaus plausiblen Mischung von Kriterien macht es von vornherein die Bedingungen einer gesteuerten Zuwanderung transparent. In unserer bisher vergeblichen Adaption davon bekäme jemand aus Moldawien, der schon Deutsch kann, entsprechende Punkte. Fachkenntnisse, ob bei einem Fliesenleger oder Techniker, können anfangs wichtiger sein als Sprache. Betont würde Positives, Vorausblickendes, Entwickelbares. Gesuchte IT-Kräfte, ob aus Indien oder von sonst wo, zu Deutschkursen im Heimatland zu verpflichten, ist doch völlig kontraproduktiv. Wer daran denkt, nach Österreich einzuwandern, sollte sich im Internet darüber informieren können, welche Vorausset-

zungen zu erfüllen sind, was als positiv, was als problematisch bewertet wird. Auf beiden Seiten müsste das System eine Kalkulierbarkeit, eine Erwartbarkeit gewährleisten. Ohne Steuerungselemente ergibt sich ein in jeder Beziehung unbefriedigender Zustand. Unerlässlich sind aber – und damit sind wir bei Fragen der Integration – aufgefächerte, wirklich greifende Begleitmaßnahmen. Weil in Österreich Vielsprachigkeit nicht gerade der Standard ist, sollte es allen leicht gemacht werden, rasch Deutschkenntnisse zu erwerben. Ausbildungswege sind anzuerkennen. Baden-Württemberg hat schon früh Ausbildungsstätten für Techniker in Ägypten finanziert. Absolventen gingen teils nach Deutschland, teils blieben sie im Land, was den Brain Drain in Grenzen hält. In Richtung solcher Kooperationen könnte weitergedacht werden.

**CHRISTIAN REDER** Im Kern dreht sich vieles um die Staatsbürgerschaft. In Großbritannien, in Frankreich, in den USA spielt die Abstammung, eine ererbte Volkszugehörigkeit, seit langem keine so dominierende Rolle wie weiter östlich. Die Staatsbürgerschaft steht dort – zumindest theoretisch – allen offen. Der 14. Zusatz zur US-Verfassung erklärt alle Personen „born or naturalized in the United States“ zu Bürgern auf der Grundlage allgemeiner Rechtsgleichheit. Darüber, dass Nationalstaaten künftig weniger Bedeutung haben, besteht weithin Konsens. Die Nation und damit der vielfach so verhängnisvoll eskalierende, eine überall fiktive ‚Reinheit‘ behauptende Nationalismus werden zunehmend als konstruiert begriffen. Benedict Anderson nannte sein einflussreiches Buch dazu ausdrücklich *Die Erfindung der Nation* (1996). Für Patriotismus, Solidarität, Zusammengehörigkeit bilden sich differenzierende Muster aus. In der EU sind bereits 20 Prozent aller Eheschließungen, auf die Nationalität der Partner bezogen, grenzüberschreitend. Wegen der billigen Flugverbindungen lassen sich intensiver als früher Beziehungen zu den Herkunftsländern aufrecht halten. Wo es noch nicht zu Integration gekommen ist, verändert das die Situation. Es wird viel

mehr mobile und ‚transnationale‘ Existenzweisen geben – auch aus dem Zwang der Verhältnisse heraus.

**TEREZIJA STOISITS** Ein Fünftel der Einwohner Österreichs hat einen nicht zu weit zurückreichenden Migrationshintergrund. Als burgenländische Kroatin, also Angehörige einer Minderheit, die unter ‚Deutsch-Österreichern‘ latent als ‚die Blöden‘ galten, die ihre ‚minderwertige‘ Sprache am besten vergessen sollten, ist mir Frankreich, das nur noch Franzosen und Französischen kennt, in diesem Punkt eher suspekt. Über Generationen hinweg sind wir als ‚die Anderen‘ behandelt worden. In die zweisprachige Volksschule zu gehen, hätte unsere Aufstiegsmöglichkeiten beeinträchtigt, so die ängstliche Auffassung in meiner Familie. Andererseits ist die Ausstrahlungskraft eines Citoyen-Denkens unbestreitbar. Dass im deutschsprachigen Raum vor allem die Abstammung bestimmt, welche Staatsbürgerschaft jemand hat, wie eine Blutsverwandtschaft, ist doch bedenklich. Auch im täglichen Umgang wird das so gesehen. Als Österreicher anerkannt zu werden, dauert oft Generationen. Der Pass hilft da gar nichts. Deutschland weicht das längst auf. In Österreich aber müssen hier geborene Kinder endlos auf eine legitimierte Integration warten. Staatsbürgerschaft wird sehr mythisch gesehen, nicht als formalisierter Zugang zu Rechten und Pflichten. Spricht jemand nicht perfekt Deutsch, wird sofort nach der Nationalität gefragt. Ein bereicherndes Aufeinanderzugehen müsste sich anders ergeben. Mangel an Neugier dürfte aber kein spezifisch österreichisches Problem sein, auch die Standardforderung nach Anpassung nicht. Wird die eigene Lebensweise als Modell gesehen, führt das schnell zum Schluss, dass es anderes nicht geben dürfte. Das wiederum hat sehr viel mit dem religiösen Umfeld zu tun.

**CHRISTIAN REDER** Eingelernte Denkmuster bleiben wirksam, selbst bei längst sehr kirchenfernen Menschen. In Wien sind nur noch 49 Prozent der Einwohner nominell katholisch. Bei deklariert Ungläubigen wäre immerhin klar, dass es definitiv um Diesseitiges geht. Sie bilden aber kaum Gruppen oder Lobbys.

**TEREZIJA STOISITS** Viele dürften mit Menschen aus dem katholischen Polen eher Gemeinsamkeiten entdecken als mit jahrhundertlang als Feinde geltenden Muslimen. Dass solche Prägungen an Bedeutung verlieren, wie ich lange geglaubt habe, war offenkundig ein Irrtum.

**CHRISTIAN REDER** Bestimmte Milieus machen ein Entkommen überall schwer. An sogenannten rechten Kreisen wird das besonders deutlich. Zählen sie sich wahl-taktisch zum ‚bürgerlichen Lager‘, wie das bei uns üblich wurde, schwingt Anti-Sozialistisches mit, genauso aber die Verhöhnung liberaler Bürgerlichkeit, von der es ohnedies nur Spurenelemente gibt. Eindeutig politisch zuzordnen lässt sich Fremdenfeindlichkeit aber keineswegs.

**TEREZIJA STOISITS** Damit erzielbare Wahlerfolge, gerade bei Jugendlichen, haben kaum noch mit gewohnten Rechts-Links-Mustern zu tun. Zuschreibungen wie ‚bürgerlich‘, ‚proletarisch‘ oder ‚internationale Solidarität‘ funktionieren längst nicht mehr. Was manchmal noch hoch kommt, sind absurde Sprüche wie ‚Lieber tot als rot‘. Angesprochen wird Unterschwelliges, als Mischung aus vorgeblicher Modernität, Protest, Autoritätsgläubigkeit, aktivierbaren Wir-Gefühlen. Die Gegnerschaft zu nicht Dazugehörenden spielt, mit ständigen religiösen Anspielungen, eine große Rolle. Bedrückend ist, was in Österreich alles toleriert wird. Konsequenzen wie anderswo gibt es kaum.

**CHRISTIAN REDER** Feindbilder schaffen bekanntlich Zusammenhalt. Multikulturelles wird bekämpft, obwohl jede größere Stadt längst multikulturell durchmischt ist. Bezogen auf eine solche Normalität, geht es latent um Nuancierungen zwischen radikaler Assimilation und einem Behaupten kultureller Eigenheiten. Selbst der noch so gutwillige Blick von außen auf multikulturelle Szenarien ist problematisch, wenn er sich auf das augenscheinlich Andere als primäre Identität konzentriert. Solange ein Mensch vor allem als Kurdin, Serbin, als Bosnier oder Roma wahrgenommen wird, bleibt er gewissermaßen in folkloristisch Stereotypem gefangen. Das jeweils prägende Kulturelle kann auch eine schwere

Last sein, siehe Familienterror, Patriarchat, Ehrenkodex, arrangierte Ehen. Zu pointierte Akzeptanz von Multikulturellem behindert die Befreiung daraus hin zu individuellen Wegen – und solche wären doch jedem türkischen Mädchen zu wünschen.

**TEREZIJA STOISITS** Dass ‚multikulturell‘ vielfach negativ gesehen wird, darf einen nicht von einer kritischen Beschäftigung damit abhalten. Natürlich ginge es um ein Mehr an Freiheiten. Meine eigene multikulturelle Prägung habe ich immer als Bereicherung empfunden, weil sich daraus mehrere Zugänge ergeben. Anders sieht es, wie Sie richtig sagen, mit Zuschreibungen von außen aus, die sehr oft auf ein Typisieren und Ausgrenzen hinauslaufen. Nicht gesehen wird, wie sehr Österreich aus seiner ganzen Geschichte heraus multikulturell geprägt ist; die Überlagerung durch Deutsches, kulturell und sprachlich, ist nur ein vieles aufnehmender Strang davon.

**CHRISTIAN REDER** In der Musik, beim Essen, in Filmen, beim Reisen sind multikulturelle Bezüge so präsent, dass deren Abwehr umso mehr irrational erscheint. Unterschiede können aber sehr einschneidend sein. Besonders deutlich werden sie an der Rolle der Frau und ihrer Position in der Gesellschaft.

**TEREZIJA STOISITS** Unsere Errungenschaften dürfen nicht für Ähnlichkeiten blind machen. Patriarchalisches ist nirgends überwunden; es tritt nur da und dort schärfer in Erscheinung. Da ist gestaltende Politik gefragt. Unsere erreichten Standards dürfen nicht unterlaufen werden, etwa indem man muslimische Mädchen aus religiösen Rücksichten vom Schwimmunterricht befreit. Anziehen können sie dabei, was sie wollen. Ein Verbot von Kopftüchern geht mir zu weit. Das sollte entspannter gesehen werden. Wenn sich in Schulen Probleme ergeben, braucht es dafür eben geeignetes Personal und ernst zu nehmende Angebote. Es ist doch auch relativ gut gelungen, Behinderten das Leben zu erleichtern. Zu Schwierigkeiten kommt es meist wegen beidseitiger Abgrenzung, durch auf Fremde projizierte Ängste, hohe Schülerzahlen mit Sprachschwierigkeiten oder wegen prekärer

Arbeitssituationen und perspektivloser Jugendarbeitslosigkeit. Urbanes ist eben nicht von solchen Problemen abzuspalten. Inakzeptabel wird es für mich, wenn individuelle Entwicklungsmöglichkeiten greifbar behindert werden. Gegen das Zurückziehen in Familienverbände mit ihrer oft rigiden Kontrolle hilft nur ein Durchmischen. Im Kontakt mit verschiedenen Kreisen entstehen Chancen, Wahlfreiheit. Deswegen halte ich eine Ghattobildung für äußerst problematisch, auch wenn das anderswo entlastend wirkt, mit China-Towns oder Araber-Vierteln. Wien ist zu klein dafür. Die als Ethnien betrachteten Gruppen sind auch intern viel verschiedener als immer behauptet wird. Kein Mensch sieht weltweit verstreute Christen als kulturelle Einheit. Muslime hingegen werden meist als uniformer Block begriffen.

**CHRISTIAN REDER** Die kategorische Frage ist aber doch: Integration – wohin? Selbst ich in meiner privilegierten Situation fühle mich heute deutlich weniger integriert als vor zehn, zwanzig Jahren. Die Distanz zu Politik wurde größer. Bezugsgruppen werden kleiner. Diese Desintegration der Gesellschaft, das Abnehmen von Bindungen, ist ein Faktum, schafft aber auch größere Freiheiten. Es braucht und will nicht jeder mit jedem verkehren. Also verhalten auch wir uns wie eher abgeschlossene ethnische Gruppen. Nur ist das nicht so offensichtlich. Demokratiepolitisch wird zunehmend zum Problem, wer sich überhaupt noch vertreten fühlt. Nur Stimmungsmache fasst manchmal noch etwas zusammen.

**TEREZIJA STOISITS** Das deckt sich tendenziell mit meinen Einschätzungen. Zum Positiven zählt, dass es nicht mehr die parteipolitischen Abhängigkeiten von früher gibt, ob bezogen auf den Arbeitsplatz oder die Zuteilung einer Wohnung. Um sich zu engagieren, ist das Spektrum durch die vielen NGOs deutlich breiter geworden. In Summe dürfte aber die Zahl der Menschen nicht zugenommen haben, die sich auf solche Weise abheben und einer Zivilgesellschaft Kontur geben.

**CHRISTIAN REDER** In der Ausbildung werden solche Aktivitätsfelder viel zu wenig thematisiert. Nicht einmal das

Wissen darum, dass alle Menschen aus Afrika stammen und ihre Einteilung in Rassen wissenschaftlich nicht haltbar ist, wurde zur Selbstverständlichkeit. Selbst in Behörden dürfte nicht überall geläufig sein, dass die – allerdings noch unverbindliche – *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* Diskriminierungen jeglicher Art verbietet, „insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“. Mehr als eine – vor allem auch juristische – Orientierung können solche Absichtserklärungen kaum liefern.

**TEREZIJA STOISITS** Hält man sich das vor Augen, werden Rückentwicklungen noch deutlicher. Weil es auch in Schulen ständig um Leistungsnachweise geht, verstärkt sich die Tendenz zu Aggressivität, auch aus Konkurrenzangst, wie später im Beruf. Weltoffene Bildung wird nebensächlich. Notwendig wäre sie auf allen sozialen Ebenen. Kooperatives hat gegenüber Konkurrenz und Wettbewerb einen viel zu geringen Stellenwert, auch die Beschäftigung mit kulturellen Differenzen. Davon hätten international eingesetzte Bauarbeiter der Strabag genauso etwas wie spätere Lehrerinnen oder Manager.

**CHRISTIAN REDER** Eine solche selbstverständlicher werdende Weltoffenheit führt mich abschließend zum Thema des Kosmopolitischen. Angesichts globaler Probleme wären solche Haltungen überfällig und weisen weit über den lokalen Umgang mit Multikulturellem hinaus. Ein Reflektieren darüber bringt manches präziser – und politischer – auf den Punkt als jedes Betonen kultureller statt sozialer Unterschiede: prinzipielle Gleichheit, Menschenrechte, Distanz zu Nationalem. Kunst und Wissenschaft sind anders kaum denkbar. Sich allerdings als romantischer ‚Weltbürger‘ allen Menschen zugehörig zu fühlen, verkommt ohne konkrete Beiträge leicht zur Attitüde. Nüchterner gesehen, ginge es um eine Weltsicht, die



gegenseitige Abhängigkeiten, Vernetzung, Mobilität und weiträumige Migration als Realität begreift. Mitzudenken wäre, dass Geschichte immer auch Migrationsgeschichte ist. So lange ist es nicht her, dass 60 Millionen Menschen Europa in Richtung überseeischer Gebiete verlassen haben, weil sich dort bessere Möglichkeiten zu bieten schienen oder sie effektiv verfolgt wurden. Inzwischen sind immerhin Rassismus und Antisemitismus weltweit geächtet. Freiheitsräume weiten sich aus. Auch Globalisierungskritiker haben den Globus im Blick.

**TEREZIJA STOISITS** Globalisierung ist auch nicht a priori etwas Negatives; bestimmte Auswirkungen können es sein. Wichtig an einem Neubeleben des Kosmopolitischen ist das Entgrenzen des Denkens, die Auffassung von der Welt als Einheit. In ihren Grundzügen ist die Europäische Union ein kosmopolitisches Projekt, und das ist das Begeisternde daran. Um die Weiterentwicklung kultureller Vielfalt muss es auf vielen Ebenen gehen. Im Europarat mit seinen 47 Mitgliedern greift das längst weiter aus. Wer dazugehören will, muss die Todesstrafe abschaffen – eine lange undenkbbare Gemeinsamkeit. Mit unserem Thema Flüchtlinge, Asyl, Schutz vor Verfolgung hat das logischerweise ganz unmittelbar zu tun. Wie eng – und ohne kosmopolitische Dimensionen – unsere Politik reagiert, hat kürzlich der sofortige Reflex gezeigt, keine freigelassenen, also definitiv unschuldigen Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen, um nur ja nicht Weltprobleme nach Österreich zu tragen: ‚Wir sind wir‘, in exemplarischer Weise. Dabei hätten wir so viel mehr zu bieten, wenn wir uns und das Land nicht ständig als etwas Besonderes – gewissermaßen Einmaliges – abgrenzen würden.

**CHRISTIAN REDER** Höchst fraglich bleibt, ob die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise tatsächlich ein strukturiertes Umdenken begünstigen könnte. Dabei sagen alle Prognosen, dass der Migrationsdruck bei fortbestehender Nord-Süd-Ungleichheit noch enorm ansteigen wird. Wollen wir eingemauert leben? Vieles geht zu Lasten der globalen Mehrheit. Die jetzigen Konjunkturreinbrüche sind

‚schockierend‘, wie es heißt, obwohl vieles vorauszu-sehen war. „Wäre die Welt eine Bank, hättet Ihr sie längst gerettet!“, lautet ein treffender, Kosmopolitisches ansprechender Greenpeace-Slogan zur aktuellen Situation ...

**TEREZIJA STOISITS** ... wobei wir längst nicht so betroffen sind wie die Hauptleidtragenden in Südostasien, in China, in Afrika. Gerade in unseren sozial noch relativ geschützten Konstellationen müsste das zu globalem Denken provozieren. Es grassiert aber Gegenteiliges. Gesellschaften, wie immer man sie eingrenzt, reagieren eben vielfach kontraproduktiv, weil Verhaltensweisen auf so vielen Ebenen in Konformität eingebunden sind. Deswegen hält sich mein Optimismus in Grenzen. Sich für Benachteiligte einzusetzen, verliert dennoch nicht seinen Sinn. Es ginge – allseitig – um Selbstverständliches.